Polen-Pressespiegel 46/2020 vom 12.11.2020

Die schwarze Messe von Jaroslaw Kaczynski

Quelle: wiadomo.co

Von Cezary Michalski, 30. Oktober 2020

Jarosław Kaczyński ist heute die größte Bedrohung für den polnischen Staat. Seine fortgesetzte Herrschaft ist eine Garantie für die Hölle der Frauen und die Hölle der Polen - schreibt Cezary Michalski. […]

Jarosław Kaczyński glaubt, den von ihm begonnenen Krieg um die Abtreibung bereits gewonnen zu haben. Polnische Männer und Frauen balgen sich vor den Kirchen miteinander herum, und die Spinne, die dieses Netz gewebt hat, versteckt sich sicher in Żoliborz, geschützt durch die Absperrungen der Staatspolizei.
Der PiS-Vorsitzende glaubt, dass sich dieser Bürgerkrieg für ihn politisch auszahlen wird.
[...]
Ziobro steht nun als ideologischer Weichling Kaczyński gegenüber, was der PiS helfen soll, die *Solidarna Polska* [die Partei von Ziobro] zu zerschlagen und zu absorbieren.
Jarosław Kaczyński hegt auch die Hoffnung, die an Gewissheit grenzt, dass der Antiklerikalismus der Proteste gegen seinen Bruch des Abtreibungskompromisses die Hierarchie, den Klerus und einige der Gläubigen auf seiner Seite mobilisieren wird. Der Preis wird eine noch tiefere Spaltung in der polnischen Kirche sein, eine Einschränkung auf die fundamentalistische Kirche von Rydzyk und Jędraszewski (der sich Stanisław Gądecki anschließt, der Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz, der jetzt Kaczyński huldigte), mit einer sinkenden Zahl der Kirchenmitglieder und sicherlich mit einer klaren Distanz der PiS-fernen und nichtfundamentalistischen Katholiken zur Hierarchie und zum Klerus.
Kaczyński hält diesen Preis jedoch für lohnend, denn nicht er zahlt ihn, sondern der Katholizismus und das Christentum in Polen. Kaczyński verachtet das Christentum und die Kirche, ebenso wie er jede Idee und Institution verachtet, die er selbst nicht geschaffen hat und kontrolliert.
Die einzige Kirche, die er braucht und die er in Polen schaffen will, ist eine, in der er der Papst, der Messias, der Urheber aller Dogmen ist und insbesondere über die persönliche Zusammensetzung der Hierarchie und des Klerus entscheidet.
Kaczyński ist die größte Bedrohung für den polnischen Staat.
Das einzig vernünftige Postulat der gegenwärtigen Proteste ist die baldige Entfernung von Jarosław Kaczyński von der Macht. Streitigkeiten zwischen Demonstranten, Streitigkeiten zwischen verschiedenen Oppositionskreisen, Streitigkeiten zwischen polnischen Frauen und Männern über die Verteidigung eines

Kompromisses oder die Liberalisierung der Abtreibung sind völlig gegenstandslos, solange Kaczynski Polen regiert. Sie schwächen und dividieren den Protest nur und schränken seinen Umfang und seine Wirksamkeit ein.
[…]
Die immer noch verbindliche Verfassung der Republik Polen von 1997 besagt nicht, dass der volle Rechtsschutz des Staates dem Leben eines Bürgers als einer Zygote oder eines Embryos ab dem Zeitpunkt der Empfängnis gilt. Als Marek Jurek 2006 eine solche Formulierung in die Verfassung aufnehmen wollte, entfernte Kaczyński Marek Jurek mit einem Tritt aus der Machtelite. [...]
Heute spielen Marek Jureks Leute - Tomasz Terlikowski, Paweł Milcarek von Christianitas, viele Mitglieder des Opus Dei und Ordo Iuris - Jarosław Kaczyńskis Spiel, nehmen an Kaczyńskis schwarzer Parteimesse teil, weil Fanatismus, weil die Macht über polnische Frauen (sogar aus den Händen eines politischen Teufels genommen und sie alle wissen, dass es Kaczynski ist) für sie wichtiger geworden ist als das Christentum, wichtiger als die grundlegende Einheit der Polen und das Überleben des polnischen Staates, wichtiger als ihr eigenes Wissen, dass Kaczyński ein Zyniker und juristischer Nihilist ist.
Ähnlich wie Terlikowski und Milcarek verhielten sich auch die meisten polnischen Bischöfe. Sie dankten Kaczyński für den Beginn eines Bürgerkriegs in Polen, weil sie glauben, dass Kaczyński diesen Krieg gewinnen wird, was ihre eigene Macht als Polen und Polen stärken wird.
[…]
Die Rechtsordnung, die er in allen anderen Bereichen des polnischen Lebens zerstört hat, wurde von ihm nun auch im sensibelsten Bereich der Abtreibungsregulierung zerstört.
Kaczyński tat es - absichtlich und zynisch - auf dem Höhepunkt der Coronavirus-Epidemie, die die Polen bedroht. Er entschied, dass der Widerstand geringer sein würde und er am meisten gewinnt bei niedrigstmöglichem Preis.
Kaczynski wird nur dann verlieren, wenn er die Proteste nicht unterdrückt, wenn er sie nicht niederschlägt, wenn er infolge dieser Proteste die Macht verliert.
Daher ist das einzige vernünftige Postulat, das diejenigen verbindet, die den Abtreibungskompromiss aufrechterhalten wollen (laut der jüngsten Kantar-Umfrage für Gazeta Wyborcza ist es die Mehrheit der Polen, ca. 60 Prozent) sowie diejenigen, die die Liberalisierung des von PiS angegriffenen Gesetzes (wie in derselben Umfrage gezeigt, sind es 22 Prozent), die Ablehnung von Przyłębskas Urteil und die Entfernung von Kaczyński von der Macht.
[…]
Jarosław Kaczyński sollte vor dem Staatstribunal erscheinen, da er als stellvertretender Ministerpräsident und Leiter des Staatssicherheitskomitees Maßnahmen ergriffen hat, die die größtmögliche Bedrohung für den polnischen Staat und die polnische Gesellschaft darstellen.
Er kann jedoch nur durch ein Zusammenschluss der mobilisierten polnischen Frauen und Männer auf der Straße (größtmögliche Bandbreite an Protesten und ihre größte Entschlossenheit) mit einer möglichst breiten realen Zusammenarbeit der gesamten demokratischen Opposition von der Macht entfernt werden, die ein Szenario vorbereiten sollte, um Kaczyński so schnell wie möglich vom Einfluss auf den Staat zu entfernen, denn jeder Tag, an dem dieser Mann an der Macht bleibt, ist eine Bedrohung für den polnischen Staat sowie für die Sicherheit und das Leben der Polen.

Cezary Michalski
Der Autor ist Kolumnist der Wochenzeitschrift Newsweek

Zsfg.: JP

https://wiadomo.co/cezary-michalski-czarna-msza-jaroslawa-kaczynskiego/

ANDRZEJ MLECZKO

IDIOTEN REGIEREN!

Sollen wir ihn verhaften wegen Beleidigung der Regierung oder dafür, dass er ein Staatsgeheimnis verrät?

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
http://www.mleczko.pl/ und http://www.sklep.mleczko.pl/

Riesiger Rückgang der Unterstützung für PiS. Diesmal in einer Umfrage von CBOS

Quelle: wyborcza.pl

31 Prozent für PiS, 18 Prozent für die Bürgerkoalition und fast 10 Prozent für Polen 2050 von Szymon Hołownia. Dies ist eine weitere Umfrage, die den freien Fall von Jarosław Kaczyńskis Partei zeigt, diesmal um 9,1 Prozentpunkte.
Vor zwei Tagen haben wir die Ergebnisse der Kantar-Umfrage für „Wyborcza“ veröffentlicht. PiS hat hier nur 26 Prozent, das niedrigste Ergebnis seit fünf Jahren. Die Bürgerkoalition (PO) mit einem Ergebnis von 24 Prozent holte Kaczynskis Partei ein. Die neue politische Kraft *Polen 2050* von Szymon Hołownia hatte ein großartiges Ergebnis: 18 Prozent.

Die durchschnittliche PiS-Listung im Oktober lag bei über 36 Prozent. Und es war das Ergebnis von CBOS-Messungen - unter den zertifizierten Zentren hatte CBOS immer die höchste Bewertung der Regierungspartei. Im März waren es 49 Prozent, im Juni und August 44 Prozent und im September 41 Prozent. Anfang Oktober lagen die Werte bei 40 Prozent.

Jetzt - in weniger als einem Monat - verlor PiS über 9 Prozentpunkte. Kaczyńskis Partei hat in so kurzer Zeit seit Jahren noch nie einen so großen Niedergang erlebt.

Es hatte bei CBOS bessere Bewertungen erhalten als in anderen Zentren, weil CBOS eine staatliche Institution ist. Sie ist eine Stiftung, sie wird vom Regierungschef überwacht, er gibt ihr ein Statut und sie wird aus dem Staatshaushalt finanziert. Die von CBOS befragten Personen empfinden die Befragung offizieller und markieren die Regierungspartei häufiger in ihren Antworten. Dies war auch früher der Fall, als die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska) an der Macht war und die PO leicht überbewertet wurde.

Wenn PiS in CBOS fällt, sind wir sicher, dass dies eine Bestätigung für Kaczyńskis Schwächung ist. Darüber hinaus wurde die Umfrage zwischen dem 19. und 29. Oktober durchgeführt, d. h. zu einer Zeit, als bereits große Streiks von Frauen stattfanden, nachdem das parteibasierte Verfassungsgericht der Julia Przyłębska über Abtreibung entschieden hatte.

In der jüngsten Umfrage folgte PiS die oppositionelle PO mit einer Unterstützung von 18 Prozent (im Laufe des Monats gewann sie 2,4 Prozentpunkte). Die dritte ist die Bewegung von Szymon Hołownia *Polska 2050* mit einem Ergebnis von 10 Prozent (Sie gewann 2 Prozentpunkte).

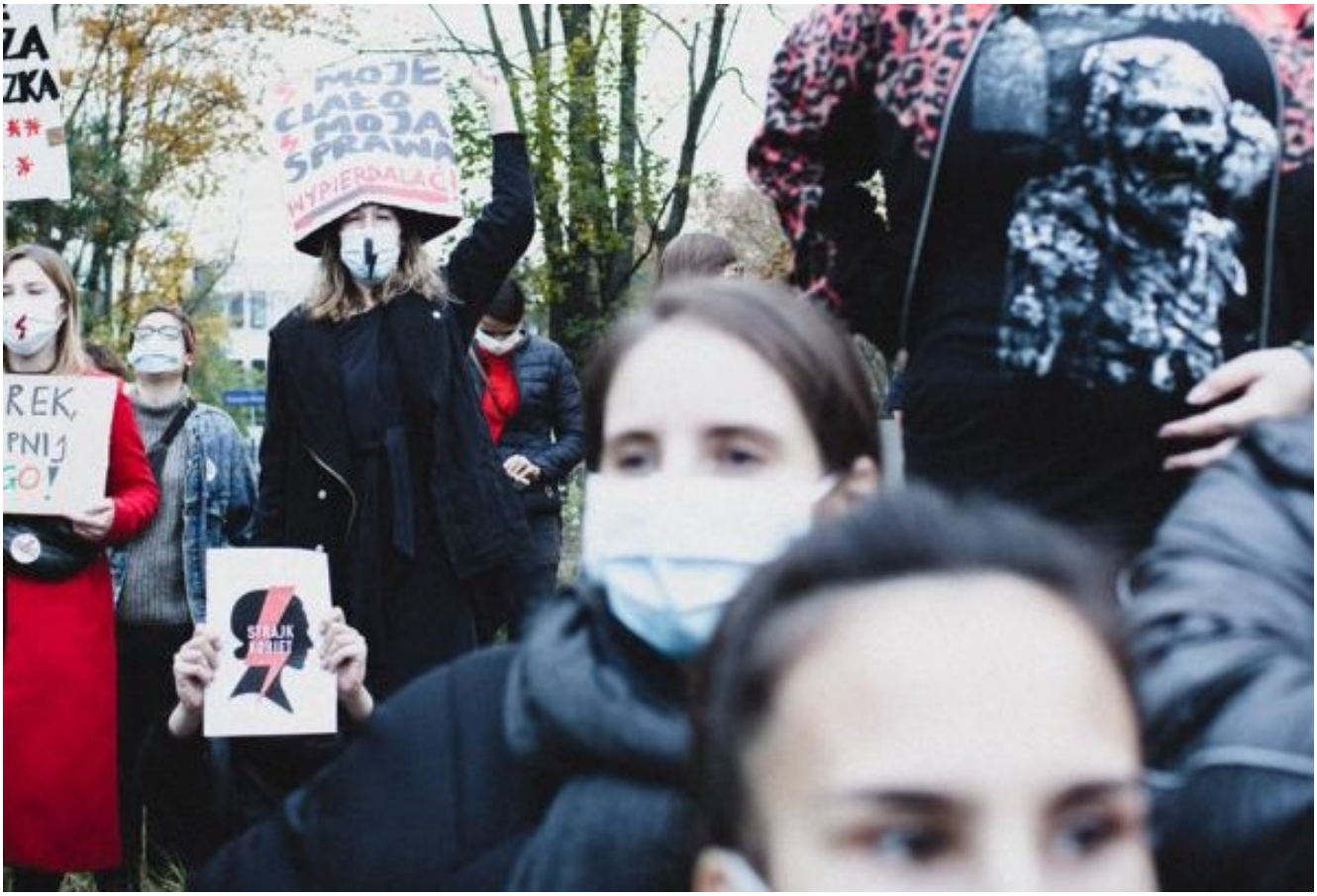
Es gibt nur noch zwei Gruppierungen, die über der 5 Prozent-Schwelle liegen: 8,1 Prozent für rechtsradikale *Konfederacja* (unverändert) und die *Linke* von 6,9 Prozent. (Anstieg um 1,6 Prozentpunkte).

An der Wahlschwelle scheitert die Bauernpartei PSL. 3,7 Prozent der Stimmen, aber um 0,6 Prozentpunkte höher als zuvor.

Zsfg.: MB

https://wyborcza.pl/7,75398,26462879,ogromny-spadek-poparcia-dla-pis-tym-razem-w-sondazu-cbos.html#S.koronawirus-K.C-B.0-L.1.gruby

Konsequenzen für Lehrer für den Frauenstreik? Das Bildungsministerium verletzt die verfassungsmäßigen Freiheiten und das Recht



Quelle: oko.press

Das Bildungsministerium will Lehrer für die Teilnahme an Demonstrationen des Frauenstreiks bestrafen. Mit Hilfe der Kuratoren will es prüfen, ob die Schulen die Schüler „überreden", sich an den Protesten zu beteiligen. Worum geht es hier?

In einer nächtlichen Bekanntmachung (vom 2. auf den 3. November) droht das Bildungsministerium den Lehrern, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie sich an Protesten beteiligen oder ihre Schüler zur Teilnahme überreden. Warum? Weil sie nach Angaben des Bildungsministeriums während der Epidemie eine Bedrohung verursachten und sich in einer Weise verhielten, die „das Ethos ihres Berufsstandes verletzte". „Es ist unsere Pflicht, auf solche Informationen sofort zu reagieren. Wie angekündigt, baten wir die Schulkuratoren zu prüfen, ob solche Situationen in ihrer Region aufgetreten sind und wie die Schuldirektoren darauf reagiert haben", informiert in einer Pressemitteilung die Pressesprecherin des Bildungsministeriums Anna Ostrowska. Wenige Stunden vor dieser Ankündigung veröffentlichte der KO-Abgeordnete Bartosz Arłukowicz im Internet Fragmente von Briefen, die das Bildungsministerium an die Kuratoren und Schuldirektoren verschickt haben soll. In Tabellen sollten „Informationen über die Situation von Demonstrationen, an denen Schüler, Lehrer und Schuldirektoren beteiligt waren", gesammelt werden.

Laut Anna Ostrowska, der Pressesprecherin des Ministeriums für Nationale Bildung, ist die nachts vom Ministerium veröffentlichte Mitteilung „eine Antwort auf die Beiträge von Herrn Arlukowicz". OKO.press versuchte, mehr herauszufinden. Wir fragten nach der Rechtsgrundlage für die Durchführung der

Kontrollen, der Präzisierung der Konsequenzen, die „rebellische“ Lehrer zu tragen haben, nach den sensiblen Daten, die von den Büros des Kuratoren gesammelt werden sollen, sowie nach der Definition von „Überreden“ zur Teilnahme an Protesten. Wir haben keine Antwort erhalten. Die Sprecherin des Ministeriums behauptete lediglich, dass es darum ging, „die Situation in den Regionen zu überprüfen, aber es geht nicht darum, die Namen von Schülern oder Lehrern zu sammeln“. Worum geht es hier also?

Die Empörung über die Teilnahme junger Menschen an den Demonstrationen wurde auch wiederholt vom Chef des Bildungsministeriums, Przemysław Czarnek, geäußert. Am 2. November verurteilte er in einem Interview für „Nasz Dziennik“ die Rektoren und Gewerkschafter, die sich nicht gegen „Hooliganismus, Vandalismus, die Unverschämtheiten und die Brutalität auf den Straßen“ aussprechen. Er kündigte auch an, dass die Prüfung der Kuratorien im Laufe dieser Woche öffentlich gemacht wird und dass alle weitreichenden Konsequenzen, die innerhalb der gesetzlichen Grenzen des Ministeriums und der Kuratorien liegen, auf diejenigen angewendet werden, die zu Protesten ermutigt haben sollen. Wenn das Ministerium wirklich Konsequenzen für streikende Lehrer und Schüler ziehen und sich in den Unterrichtsablauf einmischen wollte, müsste es eine Reihe von Gesetzen brechen, darunter verfassungsgeschützte Freiheiten. Artikel 54 der Verfassung garantiert jedem, unabhängig von Beruf und Alter, das Recht auf freie Meinungsäußerung, und Artikel 57 garantiert das Recht, sich zu organisieren und an friedlichen Versammlungen teilzunehmen. (…)

Das Bildungsgesetz kann, einer verfassungsmäßigen Auslegung folgend, einem Lehrer nicht verbieten, seine eigenen Ansichten zu vertreten. Darüber hinaus ist in den Vorschriften, auf denen das polnische Bildungswesen basiert, klar definiert, was seine Verantwortlichkeiten sind. Artikel 6 der Lehrercharta besagt, dass ein Lehrer unter anderem verpflichtet ist, „für die Bildung einer sittlichen und staatsbürgerlichen Haltung unter den Schülern zu sorgen, die mit der Idee von Demokratie, Frieden und Freundschaft zwischen Menschen verschiedener Nationen, Rassen und Weltanschauungen im Einklang steht“. Andererseits schreibt Artikel 5 des Bildungsgesetzes vor, dass sich die Lehrer bei ihren Lehr- und Ausbildungstätigkeiten vom „Wohl der Schüler, der Sorge um ihre Gesundheit sowie ihrer moralischen und staatsbürgerlichen Einstellung“ leiten lassen müssen. Das Ziel der Erziehung - gemäß Artikel 1 des Gesetzes - besteht jedoch unter anderem darin, bei den Schülern eine pro-soziale Einstellung zu formen sowie das Kind in seiner Entwicklung zur vollen körperlichen, emotionalen, intellektuellen, geistigen und sozialen Reife zu unterstützen.

Kann es einem Lehrer nach diesen Regeln verboten werden, mit Schülern über die aktuelle politische Situation im Land zu sprechen? Definitiv nicht. Darüber hinaus weist, wie Dorota Łoboda, Warschauer Stadträtin und Bildungsexpertin, betont, ein Teil des Kernlehrplans klar auf einen solchen Bedarf hin. „Während des Sozialkunde-Unterrichts spricht man direkt über politische Systeme, Parteien sowie über die jüngsten Ereignisse. Die Proteste können auch Analysethema während des Polnischunterrichts, Geschichtsunterrichts oder während pädagogischer Stunden sein. Ehrlich gesagt, fällt es mir sogar schwer, mir eine Geschichtsstunde über Hitlers Aufstieg zur Macht ohne Bezüge zur Gegenwart vorzustellen und ein Gespräch über die Tatsache, dass die heutigen faschistischen Bewegungen wieder die Köpfe heben, was wir auch auf den Straßen unserer Städte sehen können“, kommentiert die Stadträtin.

Ein Lehrer im polnischen Bildungssystem genießt außerdem Autonomie. Was nicht gesetzlich verboten ist, ist erlaubt, solange es in die Auslegung der Bildungsvorschriften fällt. „Niemand kann einem Lehrer verbieten, Themen aufzugreifen, die für junge Menschen wichtig sind. Wenn er Faschismus oder antisemitische Haltungen fördert, dann kann man sich einmischen. Aber wenn ein Lehrer Gespräche führt, die bürgerschaftliches Engagement fördern, haben wir nichts, worüber wir sprechen könnten. Es geht hier einfach nur um das Erschrecken“, fügt Łoboda hinzu.

Die Spielereien des Bildungsministeriums sind ein weiterer Versuch zur Demobilisierung der Massenproteste, an denen vor allem jugendliche Schüler beteiligt waren. Wird es bei den Studierenden funktionieren? Sicher nicht. Bei den Lehrern? Wahrscheinlich zum Teil deshalb, weil jede Kontrolle der Kuratorenbüros für die Schulen eine Stunde zusätzlicher bürokratischer Arbeit bedeutet. Allerdings fehlt in der gesamten Diskussion die grundlegende Frage nach der Rolle der Schule bei der Gestaltung staatsbürgerlicher Einstellungen. Jedes Mal, wenn die PiS versucht, die Schultore gegen eine unbequeme

Haltung oder Anschauung zu verteidigen (es handelt sich oft um eine Frage der Menschenrechte, d.h. ein unumstrittenes Thema), sagt sie, dass sie die Schulen vor Politisierung schützt. Und ist es möglich, eine Schule ohne Politik zu haben, die von sozialen Beziehungen abstrahiert ist? Es ist ein Hirngespinst. Die Schule soll ein Ort des Austauschs, ein Forum des Pluralismus sein. „Der Punkt ist natürlich, dass die Bildung frei von Parteieinfluss sein sollte, aber die einzigen Organe, die heute ideologisiert werden, sind die Bildungskuratorien, die von Mitgliedern oder Anhängern der PiS geleitet werden. Wenn wir in der Schule Menschen erziehen wollen, die engagiert und verantwortungsbewusst sind, können wir vor Politik und Diskussionen nicht davonlaufen“, fügt Łoboda hinzu.

Zsfg.: AV

https://oko.press/konsekwencje-dla-nauczycieli-za-strajk-kobiet-men-narusza-wolnosci-konstytucyjne-i-prawo/

Ordo Iuris empört über den Hinauswurf aus ihrer Brüsseler Niederlassung. Sie suchen nach einer „toleranteren Stadt“

Quelle: tokfm.pl

Demonstrationen gegen das Urteil des Verfassungsgerichts, das das Abtreibungsrecht verschärft hat, sind nicht nur in Polen, sondern auch in vielen anderen Ländern im Gange. Sie fanden auch in Brüssel statt (organisiert vom Kongress der Frauen in Brüssel). Während des ersten Protests versammelten sich die Menschen vor der Niederlassung von Ordo Iuris in Brüssel. „Der Protest war ein Erfolg“, gab Dr. Aneta Górnicka-Boratyńska, Schriftstellerin, Journalistin und Gründerin des Frauenclubs in Brüssel, auf TOK FM an.

Als der Gebäudeeigentümer herausfand, womit sich Ordo Iuris beschäftigt, kündigte er den Mietvertrag. „Ich weiß, dass Ordo Iuris auf diese Entscheidung empört reagierte und sagte, wenn Brüssel nicht wolle, würden sie eine tolerantere Stadt finden. Das ist ein äußerst lustiger Satz, denn es ist schwierig, eine tolerantere Stadt zu finden“, sagte die Gesprächspartnerin von TOK FM.

An den Protesten in Brüssel nahmen nicht nur Polen, sondern auch Vertreter internationaler Organisationen teil. Sie merkte an, dass, obwohl sich die Europäische Union selbst nicht in das Abtreibungsgesetz einmischen kann, Polen immer noch unter den Folgen leiden könne. „Wir sind dabei, einen Haushalt auszuarbeiten, der mit der Frage der Rechtsstaatlichkeit verknüpft werden soll. Zweifellos ist dieses Gesetz nicht mit der Rechtsstaatlichkeit vereinbar. Es könnte aus solch einer Perspektive gesehen werden“, schätzte sie ein.

Sie gab außerdem an, dass die belgischen Medien, darunter die größten, die Proteste in Polen wahrnehmen. Sie schreiben über „den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat“, sie zitieren

Marta Lempart und kritisieren die Worte von Jarosław Kaczyński. „Dies wurde nicht nur von den Medien wahrgenommen, sondern auch von Organisationen, die die Rechte der Frauen verteidigen und gegen Diskriminierung kämpfen“, sagte Górnicka-Boratyńska. Die Polin bezog sich auch auf die Worte von Ursula von der Leyen, die die Proteste unterstützte. „Dies ist ein sehr gutes Zeichen dafür, dass dies zum Gegenstand einer ernsthaften Diskussion und Analyse werden wird“, schloss sie.

Anm. der Redaktion: *Ordo Iuris ist eine durch ultrakonservative Juristen gesteuerte Organisation, die wohl dem Opus Dei nahesteht und mutmaßlich durch radikale Abtreibungs- und LGBTIQ-Gegner aus den USA mitfinanziert wird (lt. Heinrich-Böll-Stiftung). Ordo Iuris steht der „Brasilianischen Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Privateigentum“ (TFP) nahe, die in Deutschland von Mathias von Gersdorff („Aktion Kinder in Gefahr“) und bei der EU von Paul von Oldenburg (Cousin der AfD-Politikerin Beatrix von Storch) vertreten wird. Die polnische Organisation ist Teil des internationalen christlich-fundamentalistischen Netzwerks „Agenda Europe“. (lt. queer.de)*

Zsfg.: AV

https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,103086,26470674,ordo-iuris-oburzone-po-wyrzuceniu-z-brukselskiej-siedziby.html#s=BoxMMtImg3

Die Regierung regiert nicht. Die Regierung schlägt um sich

Quelle: pbs.twimg.com

Von Ewa Siedlecka, 3. November 2020

Ein 14-jähriges Mädchen aus Olsztyn wird wegen der Teilnahme an einem Straßenprotest vor Gericht gestellt, was ein Beweis für ihre Demoralisierung ist. Ein Nazi-Patriot, der Journalisten bei einem Protest getreten hat, wird von der Staatsanwaltschaft verteidigt. Ein anderer, der sein Auto in die Teilnehmer des Streiks fuhr, wurde wegen einer Ordnungswidrigkeit angeklagt. Und es gibt die Richtlinien des Staatsanwalts Bogdan Święczkowski, Strafanzeigen gegen die Teilnehmer [der Straßenproteste] zu erheben, einfach weil sie eine allgemeine Gefahr für Leben und Gesundheit verursachen.

Die Tatsache, dass die, die Demonstranten angreifen, von der Staatsanwaltschaft geschützt werden, ist nicht überraschend. Am Ende rief sie Jarosław Kaczyński selbst auf die Straße. Und er kündigte an, gefolgt von der Staatsanwaltschaft, dass die Demonstranten eine allgemeine Gefahr für Gesundheit und Leben

darstellten.

Nazi-Patrioten verteidigen ungestraft und stolz die Kirchen und die öffentliche Gesundheit und prügeln dabei Mädchen und Frauen. Und dem Mädchen aus Olsztyn droht die Aufsicht eines Bewährungshelfers wegen des Versuchs, die Versammlungsfreiheit auszuüben. Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass das Gericht die Überzeugung der Strafverfolgungsbehörden über die Demoralisierung einer Minderjährigen teilt, die sich in der Teilnahme an Protesten manifestiert, wird das Trauma, das das Mädchen erlebt hat, lange anhalten. Die Regierung verfolgt Jugendliche wegen ihrer Ansichten.

Die Weltanschauung, die gegen das Abtreibungsverbot ist, erweist sich als Beweis für die Demoralisierung der Minderjährigen wie Alkohol oder Drogen. Die Behörden sagen zu den Teenagern: Pass auf, sonst bringen wir dich in eine Besserungsanstalt. Und zu allen Teilnehmern der Proteste: Sie können von der strafenden Hand der Nazi-Patrioten erreicht werden, für deren Handlungen wir - im Gegensatz zu den Handlungen der Polizei - nicht verantwortlich sind.

Die Regierung, die Jugendliche für ihre Ansichten verfolgt und Schläger einsetzt, um „Ordnung“ zu schaffen, regiert nicht mehr. Sie schlägt um sich.

Zsfg.: JP

https://siedlecka.blog.polityka.pl/2020/11/03/wladza-nie-rzadzi-wladza-sie-miota/

Deutschland will Polen im Kampf gegen das Coronavirus helfen. Polen ist nicht daran interessiert

Quelle: bbc.com

Deutschland bietet seinen Partnern in der Europäischen Union seit mehreren Wochen Hilfe im Kampf gegen COVID-19 an. Die wichtigsten deutschen Politiker machen der polnischen Regierung dieses Angebot. Trotz der dramatischen Situation zeigte Polen kein Interesse an einer Hilfe. Präsident Duda beschloss, den Brief des deutschen Präsidenten erst nach Fragen der Journalisten zu beantworten.

- Ein weiterer täglicher Infektionsrekord in Polen wurde am Mittwoch gebrochen. Trotzdem reagiert die Regierung nicht auf weitere Hilfsangebote von deutscher Seite
- Die Tschechen bekamen 100 Beatmungsgeräte von den Deutschen. Sie werden in deutschen Krankenhäusern behandelt. Die polnische Regierung dagegen: „erhöht die Kapazitäten des polnischen Gesundheitssystems“
- Der Präsident des Obersten Medizinischen Rates: „In meinem Krankenhaus sind alle Beatmungsgeräte ständig besetzt“
- Der Bürgerbeauftragte: „Den Polen ist ein konstitutioneller Gesundheitsschutz garantiert, daher richten wir Fragen an den Premierminister“
- Eine Woche nach dem Brief des deutschen Präsidenten mit einem Vorschlag zur Hilfe antwortete Präsident Duda, er sei zur Zusammenarbeit bereit, ohne darauf hinzuweisen, ob Polen die Hilfe annehmen würde

Laut der Website Worldometers, die globale Statistiken sammelt, ist Polen einer der weltweit führenden Länder von täglich neu bestätigten Fällen von Coronavirus. Ein weiterer Tagesrekord wurde am Mittwoch gebrochen: 24 692.

Ende Oktober hat Polen in der täglichen Zahl neuer Fälle Deutschland überholt, obwohl Deutschland 84 Millionen Einwohner hat und Polen 38 Millionen. Die Gegenüberstellung mit Deutschland ist in diesem Text kein Zufall. Deutschland kontrolliert die Epidemie nicht nur besser, sondern ist auch besser darauf vorbereitet, sie in Bezug auf Wirtschaft, Ausrüstung und Humanressourcen zu bekämpfen.

In der ersten Frühlingsphase der Coronavirus-Epidemie bot Deutschland anderen Ländern der Europäischen Union Unterstützung an. Zu dieser Zeit verwendeten die von der Epidemie am stärksten betroffenen Länder wie Italien, Frankreich und Spanien deutsche Ausrüstung und medizinische Hilfe.

Mit dem Aufkommen der zweiten Phase appellierte Deutschland auch an seine Partner in der EU. Die Tschechische Republik, die von der zweiten Phase der Epidemie schwer betroffen war, profitierte von dieser Hilfe. Patienten aus diesem Land gehen zur Behandlung in bayerische Krankenhäuser. Ende Oktober übergaben Deutsche den Tschechen 100 Beatmungsgeräte.

Der Präsident des Obersten Medizinischen Rates, Prof. Andrzej Matyja, der am Universitätsklinikum in Prokocim in Krakau arbeitet, behauptet, dass Beatmungsgeräte in Polen dringend benötigt werden: „Wenn es um den Zugang zu Beatmungsgeräten geht, kennt niemand diese Daten außer Menschen, die in Krisenteams arbeiten. Wir wissen aus offiziellen Informationen, dass die Anzahl der belegten Beatmungsgeräte von Tag zu Tag zunimmt. Wir können nicht vorhersagen, ob die Anzahl der Beatmungsgeräte in Polen ausreicht, um alle mit einer so schnell wachsenden Anzahl von Patienten zu schützen, einschließlich Menschen, die eine Atemtherapie benötigen. In meinem Krankenhaus sind alle Beatmungsgeräte ständig belegt“, sagte er in einem Interview.

Nach offiziellen Angaben des Gesundheitsministeriums sind von 2.094 Beatmungsgeräten in Polen noch 469 verfügbar - dies sind Daten vom 4. November. [...]
Trotz des zunehmenden Defizits an Beatmungsgeräten und der sich dynamisch entwickelnden Epidemie in Polen reagierte niemand von der Regierung auf das deutsche Angebot. Wir haben aus anonymen Quellen erfahren, dass sich die Polen in direkten Gesprächen geweigert haben, die Hilfe der Deutschen anzunehmen. Wir haben das Außenministerium gebeten, diese Informationen zu bestätigen. Unsere Frage wurde ignoriert.

Am 21. Oktober veröffentlichte der deutsche Korrespondent der polnischen Tageszeitung *Die Welt in Polen*, Philipp Fritz, einen Kommentar, in dem er schrieb, dass das polnische „Gesundheitssystem kurz vor dem Zusammenbruch steht (...) und Menschen vor Krankenhäusern sterben“. „Um Hilfe zu bitten, passt nicht zur Kommunikationsstrategie der polnischen Regierung, insbesondere bei den Deutschen, die in Polen immer für alles Böse in der EU verantwortlich gemacht werden.“
[...]
Später am selben Tag schrieb der deutsche Minister für europäische Angelegenheiten, Michael Roth, auf Twitter auf Polnisch: „Solidarität in diesen schwierigen Zeiten ist uns besonders wichtig. Wir helfen unseren europäischen Nachbarn und Partnern, die Gesundheit der Menschen zu schützen und die Coronavirus-Pandemie wirksam zu bekämpfen.“

Aber selbst ein derart offenes Hilfsangebot wurde von der polnischen Regierung nicht beantwortet. An diesem Tag überschritt Polen die Grenze von 10 000. Infektionen täglich.

Am 28. Oktober, am Vorabend des Durchbruchs einer weiteren Barriere von 20 000 Infektionen täglich, machte einer der wichtigsten deutschen Politiker, Präsident Frank-Walter Steinmeier, ein offizielles Hilfeangebot. In einem Brief mit dem Genesungswunsch für Präsident Andrzej Duda, der an dem Coronavirus leidet, bemerkte Steinmeier, dass er „die dramatische Entwicklung der Pandemie“ auch in

Polen verfolge, und wandte sich mit einem direkten Hilfsangebot an Duda: „Bitte lassen Sie mich wissen, ob wir in der gegenwärtigen Situation etwas für Polen tun können“.
Dieser Brief wurde von der polnischen Seite auch nicht beantwortet. Laut unseren Quellen niemand hatte die Absicht, den Brief zu beantworten.

Inzwischen gibt es Fragen aus verschiedenen Kreisen, warum die polnische Regierung in einer solch dramatischen Situation nicht beabsichtigt, deutsche Hilfe anzunehmen.
[...]
Schließlich erhielten wir einen Anruf von der Kanzlei des Präsidenten mit der Information, dass die Antwort von Präsident Duda auf den Brief von Präsident Steinmeier am Mittwoch, dem 4. November, auf der Website des Büros veröffentlicht wird.

Am Mittwoch, kurz vor 15 Uhr, erschien tatsächlich ein solcher Brief. Darin begründete Präsident Duda die mangelnde Reaktion auf den Brief von Präsident Steinmeier mit der Coronavirus-Krankheit, von der er gerade geheilt wurde.

Er dankte für das Hilfsangebot, schrieb aber nicht, ob Polen es annehmen würde. „Ich weiß, dass unsere Regierungskollegen bei der Bekämpfung der Pandemie sehr eng zusammenarbeiten“, schrieb er nur und fügte hinzu, „auch Polen ist bereit, bei der Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie eng mit Deutschland zusammenzuarbeiten, wenn es erforderlich ist.“

Zsfg.: MB

https://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/polska-nie-jest-zainteresowana-niemiecka-oferta-pomocy-w-walce-z-koronawirusem/sd3602d

ZITAT DER WOCHE

Quelle: silesia24.pl

„Der Führer, seine Partei und seine Priester. Ihre Sicherheit wird von der Polizei gewährt und ihre Interessen haben höchste staatliche Priorität. Die Bürger müssen sich selbst gegen die Seuche verteidigen. Kalifat Polen 2020.“

Donald Tusk - *der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei*

Quelle: https://twitter.com/donaldtusk/status/1322499473159921664?s=19

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

faz.de

Massenproteste in Polen
https://taz.de/Konflikt-um-Abtreibungsverbot/!5724935/

---

dw.com/de

Proteste in Polen: Rudert die PiS zurück?
https://www.dw.com/de/proteste-in-polen-rudert-die-pis-zur%C3%BCck/a-55457149

---

spiegel.de

EU-Parlament und Mitgliedsländer einigen sich auf Rechtsstaatsmechanismus
https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-haushalt-einigung-im-streit-ueber-rechtsstaatsmechanismus-a-2c148a3b-739a-4cc2-80fb-7a53b8a3d475

---

tagesspiegel.de

Polens Veto-Drohung ist Theaterdonner
https://m.tagesspiegel.de/politik/eu-einigt-sich-auf-rechtsstaatsmechanismus-polens-veto-drohung-ist-theaterdonner/26590536.html

---

emma.de

Fundamentalisten attackieren Abtreibungsrecht!
https://www.emma.de/artikel/abtreibungsverbot-fundis-auf-dem-vormarsch-338225

DEKODER auf Deutsch
https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas
https://forumdialog.eu/

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
http://www.polen-und-wir.de/

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Małgorzata Burek | Jerzy Paetzold

Christel Storch-Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus